

Schwerpunkte Rechtsextremismus

Rechtsextreme, antisemitische, autoritäre Positionen trifft man in der gesamten Gesellschaft an. Wir brauchen eine differenzierte politische Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus.

Prävention vor Repression!

Nach rechtsextremen Gewalttaten geht stets ein Aufschrei durch Politik und Medien. Der Ruf nach mehr Repression dominiert meist diese Debatten. Besonders die konservativen PolitikerInnen überbieten sich mit Forderungen nach härteren Gesetzen und Strafen. Doch die Nazi-Täter haben sich aus unserer Gesellschaft heraus entwickelt. Deshalb muss Prävention bei allen Strategien an erster Stelle stehen. Sie setzt sich aus einem Netzwerk von Maßnahmen zusammen, dazu gehören:

- **Unsere demokratische politische Kultur stärken**
Erziehung zu Demokratie und Toleranz, Sensibilisierung gegenüber Rassismus sowie eine Kultur der Integration müssen so früh wie möglich beginnen und dürfen nie aufhören. In einem solchen gesellschaftlichen Klima der Vielfalt können Nazis nicht punkten.
- **PolitikerInnen und MandatsträgerInnen schulen**
Öffentliche Personen haben Vorbildwirkung. Sie müssen Nazi-Argumentationen erkennen und entlarven können. Sonst besteht die Gefahr, dass sie solchen Positionen hilflos gegenüber stehen oder sie gar stärken, wie es bei Kochs Debatte zur Ausländerkriminalität der Fall war.
- **Über MigrantInnen positiv berichten**
Negative Schlagzeilen verunsichern besonders dort, wo die Bevölkerung kaum eigene Erfahrungen mit MigrantInnen sammeln konnte (z.B. in Sachsen). Positive Berichte, etwa über MigrantInnen, die mit eigenen Firmen in Deutschland Arbeitsplätze schaffen, verringern Berührungängste und stellen Vielfalt als Gewinn dar.
- **Offensiv über eine nationale und europäische Identität diskutieren**
Für Nazis sind „Volksidentität“ und „Heimatliebe“ keine Tabus. Viele Menschen wollen stolz auf Deutschland sein. Wir müssen ihnen ein eigenes, attraktives Bild der Identität und Verbundenheit innerhalb unserer Gemeinschaft bieten.
- **Förderprogramme von Bund und Ländern verbessern**
Die Programme des Bundes und des Landes Sachsen müssen verbindliche Mitwirkungsrechte für die Zivilgesellschaft bieten. Momentan wird die Programmumsetzung von praxisfernen Behörden dominiert, denen die langjährige Fachkompetenz erfahrener Projekte fehlt.
- **Kulturelle Angebote für junge Menschen ausbauen**
Kulturelle Jugendarbeit muss gefördert werden. Die ausreichende Finanzierung durch Länder und Kommunen ist eine unverzichtbare Investition in die Zukunft. Wo Angebote fehlen, stoßen Nazi-Organisationen in dieses Vakuum.
- **Gerechte Zugangschancen zu Bildung schaffen**
Besonders in strukturschwachen Gebieten fühlen sich Menschen oft perspektivlos. Die Chance auf gesellschaftliche Teilhabe beginnt mit einer guten Bildung. Diese ist die Voraussetzung für einen erfolgreichen Berufseinstieg und wirkt sozialer Exklusion entgegen.
- **Die NPD schwächen**
Für ein Verbotverfahren fehlen die rechtlichen Voraussetzungen (V-Leute nicht abgezogen). Außerdem kann man zwar Strukturen, nicht aber Einstellungen, verbieten. Neonazis fänden neue Plattformen zum Handeln. Wirksam geschwächt wird die NPD durch eine attraktive, gelebte Demokratie in Politik und Gesellschaft.

Kontakt: Monika Lazar, MdB

Sprecherin für Strategien gegen Rechtsextremismus

Berliner Büro
☎ (030) 227 – 71246
☎ (030) 227 – 76583
✉ monika.lazar@bundestag.de

Leipziger Büro
☎ (0341) 30 65 26 5
☎ (0341) 30 65 26 6
✉ monika.lazar@wk.bundestag.de